



Mitteilungsblatt November 2011

Liebe Mitglieder,
sehr verehrte Damen und Herren,

diese Mitteilungsblatt enthält die Zeitungs- und Zeitschriften-Beiträge zu GdL's Missionen

die die deutsche und englische Sprache beherrschen, die eine IT-Ausbildung bestanden haben, teamfähig und belastbar sind. Flexibilität, Engagement und die Fähigkeit, den Dingen auf den Grund zu gehen: So werden die Eigenschaften gesuchter Mitarbeiter beschrieben. Und über allem steht die Losung: Wir kennen keine Probleme, wir kennen nur Herausforderungen.

Mir scheint, dieses Unternehmen passt goldrichtig nach Görlitz.

2. Kollegialität oder was?

Auf dem 18. Kreistag, als alles ein wenig „drunter und drüber“ ging, mahnte Landrat Lange mit eindrucksvoller Liebeshwürdigkeit: „Wir sind doch eine kommunale Familie.“

Das Stadtrats-Mandat geht aber an das Wissen und den guten Willen jedes Einzelnen in der Gesamtheit des Stadtrates.

Der einzelne Stadtrat kann sich mit Anderen gleicher Gesinnung, nicht zwingend gleicher Partei, zu einer Gruppe zusammenschließen. Diese Gruppen werden seit kurzem irreführend „Fraktionen (ohne Fraktionszwang)“ genannt. Nur durch einen

Genau so unbegreiflich das nächste Thema: Die „Bürger für Görlitz“ haben ihren Vereinsvorsitzenden Teichert zum Aufsichtsrat im Klinikum gemacht. Und da spielte sich das folgende Szenario ab:

In seiner Funktion als Vereinsvorsitzender BfG gab Herr Teichert am 25.10.2011 eine Pressemeldung an Herrn Bontler (SZ), die nach Worten über die

Leider dient es nicht dem Ansehen der gleichen Stadträte, dass nur 3 von 38 an diesem Gedenken teilnahmen. Sie schließen sich damit selbst als ernst zu nehmende Träger der Görlitzer Geschichte aus.

5. Zwischen Görlitz und Breslau

Die Fraktionen BfG und CDU haben sich langsam abgewöhnt, dem Oberbürgermeister zu unterstellen, er sei in seiner „Ostpolitik“ inaktiv. Denn die Kontakte über die Neiße haben zwar ihren theatralischen Charakter verloren, sind aber dafür zu solider Alltagsarbeit geworden.

miteinander. Und es war schön zu hören, dass ein Musikliebhaber in Deutschland einen Gleichgesinnten in Polen gefunden hat und beide sich jetzt bemühen, für ihre Musik-Band Anerkennung zu erlangen. Ebenso erfreulich hörten wir von zwei Polizeioffizieren, dass sie sich gut vertragen und ihre Arbeit Früchte trägt. Beide Tatsachen sind erfreulich, aber um diese Selbstverständlichkeiten zu hören, dafür gebe ich ungern einen ganzen Abend hin. Ich erwarte einfach von einem deutschen und einem polnischen Polizeioffizier, dass sie ihre Aufträge vernünftig erfüllen und sich nicht dauernd gegenseitig „verklappen“. Und, bei aller Freude: Künstler, die in ein anderes Land gehen, Freunde finden und sich dort wohl fühlen – hatten wir das nicht schon öfters? Vertraut man diesem Abend, dann gibt es keinerlei Probleme in unserer Grenzstadt, nicht einmal Grenzkriminalität, denn sonst hätten wir das doch gesagt bekommen. Nur Kindern und denen, die man dafür hält (oder halten will?), verschweigt man schwierige Probleme. Aber es kommt noch trauriger.

Die zweite Hälfte des Abends beherrschte nur ein Thema, das „Fördergeld“. Der normale Bürger versteht darunter „Finanzierungsmöglichkeiten durch die öffentliche Hand“. Jeder weiß vom vielfältigen Missbrauch; so von der großen Zahl arbeitsloser Politologen und Soziologen ohne Examen, die Programme „gegen“ oder „für“ etwas erfinden, um an Fördergeld heran zu kommen. Verwunderlich zu hören, dass selbst der Veranstaltungsleiter unbefangen mitteilte, auch in Görlitz wären früher Projekte durch Fördergelder ermöglicht worden, heute sei es umgekehrt – die Möglichkeit von Fördergeldern erzeugte Projekte.

Und wie ein schlechtes Beispiel gute Sitten verdirbt, so auch hier: Zwei polnische Lehrerinnen monierten unvermittelt kraftvoll, dass sie in Deutschland viel zu schlecht bezahlt würden und zuletzt klagte eine Dame aus dem Publikum, ihr Arbeitskreis würde seit Jahren viel für die deutsch-polnische Freundschaft tun, aber noch nie hätten sie auch nur einen EURO Fördergeld bekommen. Leider kam ich nicht dazu, ihr zu sagen: „Nicht klagen darüber, stolz sollten Sie darauf sein.“

7. Nebenher gesagt:

Not oder Nötigung eines Stadtrates

Vor einiger Zeit (März und Juli 2011) hatten wir schon von Pressionen berichtet, denen „zur Sache!“ immer wieder ausgesetzt ist. Meist passiert das – wie man sagt – unter dem Tisch: Ein „schneller Tritt“, unbeobachtet von den Zuschauern. Nun hat es der Fraktionsvorsitzende der CDU, Herr Ursu, aber der Öffentlichkeit schriftlich gegeben, unter welchen Bedingungen der Fraktionschef von „zur Sache!“, der vor 5 Jahren in seine Geburtsstadt zurückgekehrt ist, im Stadtrat Görlitz mitarbeiten darf:

„Wenn jemand von außen kommt, muß er sich integrieren und anpassen. Integration hat immer mit Respekt und Anstand gegenüber den Ortsansässigen und nicht unbedingt nur mit deutsch oder nicht-deutsch zu tun.“ (Niederschlesischer Kurier 01.10.2011).

Schöner hätte das eigentlich keiner sagen können. Leider gute 200 Jahre zu spät, denn diese Überheblichkeit landete bereits 1807 in Preußen im Papierkorb. In der Schule hieß das die Stein-Hardenbergschen Reformen. Sie brachten die Gleichberechtigung aller Bürger und frische Luft in das Hirn der Städter. Diese Belüftung täte auch Herrn Ursu gut. Bis dahin bleibt als Bedingung für eine Mitarbeit im Stadtrat: Denkverbot und der schale Geschmack der Diskriminierung.

Wäre der Berichterstatter nach Palermo auf Sizilien gezogen, hätte er gewusst, dass er dort zu vielem schweigen muß. Wünscht Herr Ursu Palermo auch in Görlitz?

Mit Herz und Verstand – aber wofür?

Schauen Sie doch einmal ins Internetportal der Bürger für Görlitz. Da finden Sie immer noch zwei Ansprachen des Fraktionsvorsitzenden Dr. Weidle abgedruckt: Rede zum Beschlussantrag „Einhaltung der Geschäftskreise“ vom 31.03.2011 und die zum Antrag „Synagoge“, vom gleichen Datum. Obwohl beide Ansprachen von der Rechtsaufsicht, höflich gesagt, unzutreffend genannt wurden, werden sie immer noch den Görlitzern als „Information“ feil geboten.

Sie fragen, was mit diesen beiden Ansprachen passieren soll? Bitte nicht in den Müll! Die „Bürger für Görlitz“ täten der Stadt einen Gefallen, würden sie wenigstens die eine der Ansprachen unseren Schulen als Lehrbeispiel dafür zur Verfügung stellen, wie man durch unsachliche Bosheit, manche nennen es Hetze, das kollegiale Klima in einer Stadtpolitik zerstören kann.

Der Stadtrat – mit oder ohne „Spielregeln“?

Verfahrenstricks im Stadtrat können verblüffen; werden sie aber mangels geistigem Vermögen zu häufig angewandt, macht das eine klare Antwort nötig, diesmal an die Konstellation CDU/BfG in Görlitz.

In der Sächsischen Gemeindeordnung heißt es: „Aus dem Gemeinderat scheiden die Mitglieder aus, bei denen während der Wahlperiode ... ein Hinderungsgrund eintritt ... Der Gemeinderat ist zur Fassung eines entsprechenden Beschlusses verpflichtet. (§§ 32,34).

Klare Sätze, die eigentlich jeder verstehen und befolgen kann, nicht aber in Görlitz, wo die Koalition CDU/BfG immer wieder versucht, den korrigierenden Einfluss der Fraktion „zur Sache!“ im Stadtrat zu unterbinden.

Behinderung in der Arbeit ist eine, aber aufwendige Möglichkeit. Leichter ist es da, einen Stadtrat gänzlich von den Sitzungen fern zu halten. Das wird jetzt zum dritten Male mit einem Verfahrenstrick von dieser Koalition versucht. Noch nicht vergessen sind die Stadträte Seddig und Sturm, beide „zur Sache!“, die die Unvereinbarkeit der Stadtratsfunktion mit den Belastungen ihres Berufes, mit Krankheit und vermuteter Benachteiligung im öffentlichen Leben begründeten. Über mehrere Monate verzögerten CDU und BfG im Stadtrat ihre Pflicht, das anzuerkennen, nur um eine Nachfolge im Amt zu verhindern. In dieser Zeit fehlte der Fraktion „zur Sache!“ die notwendige Stimme zur aktiven Mitwirkung im Stadtrat.

Das Gleiche wird nun wieder versucht: Stadtrat Rueth muss aus beruflichen Gründen Görlitz den Rücken kehren. Seine anerkannte Kreativität soll nicht in das gewünschte Kulturschema der Stadt passen. So ist er nun gezwungen, sich (teils weit) außerhalb der Stadt nach neuen Aufgaben umzuschauen, obwohl er hier längst Wurzeln geschlagen hat. Aber die Koalition des Dr. Weidle will ihn trotzdem nicht aus dem Stadtrat entlassen. Wohlwissend, dass – unter diesen Umständen – für diese Arbeit, die viele ehrenamtliche Stunden in Anspruch nimmt, kein Raum mehr sein kann. Sie will ihn zuvor erst einmal „mündlich befragen“.

Haben Sie nicht auch das Gefühl, dass hier wieder einmal ein sich viel zu wichtig nehmender Hochmut den Willen jeden Bürgers niedermacht, sich an den öffentlichen Dingen zu beteiligen? Denn wieder wird ein Bürger, der trotz beruflicher Belastung in den öffentlichen Dingen helfen wollte, als Spielball für die Interessen dieser Koalition missbraucht.

Ihr Dr. Gleißner